

p.B.72.9.15.1.(19). - GRN/KUR/HME

Bern, den 7. August 1992

DG 11. Aug. 92 - 11

**Notiz an die Direktion für
Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst**

KSZE: Künftige Aufgaben der
schweizerischen KSZE-Delegation in Wien

Im Hinblick auf die Neuorganisation der schweizerischen Delegation für die KSZE-Tätigkeit in Wien informieren wir Sie im folgenden über die erweiterten Aktivitäten, die gemäss dem am 10. Juli 1992 von den Staats- und Regierungschefs angenommenen Helsinki-Dokument in Zukunft in Wien stattfinden werden.

Wie vorauszusehen war, sind nun Verhandlungen über Rüstungskontrolle und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in ein neues permanentes Forum für Sicherheitskooperation integriert worden, in welchem alle KSZE-Teilnehmerstaaten vertreten sind. Während bisher die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen unter allen Teilnehmerstaaten und über konventionelle Abrüstung zwischen NATO- und früheren WAPA-Mitgliedern getrennt geführt wurden und der Konsultativausschuss des Konfliktverhütungszentrums einmal pro Monat eine Sitzung abhielt, werden nun die Verhandlungen zusammengelegt und die Institutionalisierung des sicherheitspolitischen Dialogs verstärkt. Dies entspricht dem Willen der Teilnehmerstaaten, die operativen Möglichkeiten der KSZE für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu verbessern.

Im einzelnen sehen die neuen Strukturen folgendermassen aus:

1. Forum für Sicherheitszusammenarbeit

Dieses Forum bildet den Rahmen für Verhandlungen und Dialog:

- 1.1. Verhandlungen werden geführt über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung. In einer ersten Phase wird es darum gehen, dass die Nichtunterzeichner des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE), d.h. in erster Linie die neutralen Staaten, das Abkommen nachvollziehen. Das Helsinki-Mandat sieht ferner Verhandlungen über neue Rüstungskontrollmassnahmen vor, welche Stabilisierungseffekte auf Auswuchs-(sprich



- 2 -

Mobilisierungs-)fähigkeiten aktiver und nicht aktiver Streitkräfte anstreben. Vorgesehen sind auch regionale Rüstungskontrollverhandlungen.

- 1.2. Die Entwicklung einer breit angelegten sicherheitspolitischen Kooperation, welche sich über Streitkräfteplanung, Zusammenarbeit bei der Rüstungskonversion und Non-proliferation, über militärische Zusammenarbeit und Kontakte, regionale Sicherheitsangelegenheiten, relevante Techniken zur Konfliktverhütung und über die Zusammenarbeit im Bereich der Verifikation erstrecken. Der Dialog in diesen Bereichen soll zielorientiert, d.h. im Hinblick auf zukünftige Verhandlungen sowie im Hinblick auf die Entwicklung von Verhaltensnormen im Sicherheitsbereich einschliesslich eines Sicherheitsvertrages geführt werden.

Institutionell wird ein "Besonderer Ausschuss" geschaffen, der in eigener Verantwortung nachgeordnete Arbeitsorgane namentlich für regionale Verhandlungen bilden kann.

2. Neben diesem Sicherheitsforum hält der bereits bestehende Konsultativausschuss umfassende und regelmässige Konsultationen zu aktuellen Sicherheitsfragen mit politisch-militärischen Implikationen ab. Er wird im Zusammenhang mit KSZE-Friedensoperationen (peacekeeping) die Funktion eines Verbindungsorgans zwischen der Operation im Felde und den Teilnehmerstaaten ausüben. Ausserdem dient er als Forum für Konsultationen und Zusammenarbeit zur Konfliktverhütung und für Zusammenarbeit bei der Durchführung der vom Rat oder vom Ausschuss Hoher Beamter (AHB) gefassten Beschlüsse zur Krisenbewältigung.

Der Ausschuss führt mit Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums alle zusätzlichen Aufgaben durch, die ihm vom Rat oder vom Ausschuss Hoher Beamter übertragen werden. Dies beinhaltet insbesondere im Zusammenhang mit künftigen friedenserhaltenden Operationen technische Aufgaben wie die Ausarbeitung der praktischen und finanziellen Modalitäten einer Mission.

3. In Wien werden ausserdem die Verhandlungen über das Regime des in Helsinki unterzeichneten Open Skies-Vertrages, d.h. über dessen Modalitäten, weitergeführt. Die Schweiz ist hier bekanntlich wie die andern Neutralen Beobachter und hat sich zusammen mit den andern Neutralen stets für eine Teilnahme an den Verhandlungen eingesetzt. Sie wird sobald als möglich den Vertrag unterzeichnen, der anlässlich der Unterzeichnung durch eine Erklärung aller KSZE-Staaten in den Rahmen der KSZE gestellt wurde.
4. Die Einrichtung einer einzigen Infrastruktur für alle Verhandlungs- und Dialogaufgaben und die Schaffung eines Finanz- und Verwaltungsausschusses geben den administrativen und organisatorischen Belangen mehr Gewicht.

Das neu geschaffene Sicherheitsforum sowie der Konsultativ-ausschuss und das Konfliktverhütungszentrum bilden somit eine permanente Struktur mit weitreichenden Aufgaben im Sicherheitsbereich, die für die schweizerische Sicherheitspolitik von vorrangigem Interesse ist. Es ist daher unerlässlich, dass die Schweiz auf Botschafterebene permanent bei der KSZE in Wien vertreten ist. Nur so kann diese Aufgabe mit dem nötigen politischen Gewicht und der erforderlichen persönlichen Kompetenz wahrgenommen werden.

Wie Sie wissen, wird Brigadier J. Schärli weiterhin als Vertreter des EMD die Verhandlungen in Wien verfolgen. Er ist ab 1. Juli 1992 zum Delegierten für Rüstungskontrolle ernannt und damit praktisch für Wien freigestellt worden. Das EMD anerkennt, dass das EDA bei der KSZE auch in Wien die politische Führung innehat. Es ist aber unverkennbar, dass es sich immer mehr auch in Fragen der Sicherheitspolitik über den strikt militärischen Rahmen hinaus engagiert. Das politische Interesse des EMD ist zu begrüßen. Wir müssen aber ausgerüstet sein, unsere politische Führung in diesen Fragen weiterhin durchzusetzen. Deshalb ist es wichtig, dass die Delegation in Wien von einem Botschafter geführt wird, der ständig zur Verfügung steht und auch physisch in den Delegationsbüros sowie an den Verhandlungen und Gesprächen anwesend ist.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diese Ueberlegungen in Ihre Entscheidungsgrundlagen für Wien einbeziehen. Im übrigen rufen wir Ihnen in Erinnerung, dass die neuen Verhandlungen am 22. September 1992 beginnen und eine baldige Entscheidung unerlässlich ist.

Der Staatssekretär

J. Kellenberger

06 11. Aug. 92 - 11

Kopie an: SRU, BJO, GRN, KUR